

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Ergenzingen: Gäubahn auf dem Abstellgleis?

Pendler aus der gesamten Region sind Leidtragende

Da staunten die Ergenzinger und der Interessenverband Gäubahn nicht schlecht: Mit einem Jahr Verspätung – bewusst erst nach den Landtagswahlen – veröffentlichte Alexander Dobrindt (CSU), Minister für Pech, Pleiten und Pannen, seinen Bundesverkehrswegeplan (BVWP) bis 2030.

Im Vertrag von Lugano, 1996 mit der Schweiz geschlossen, hatte sich das Land verpflichtet, bis 2012 die Zugverbindung Stuttgart – Zürich auf 2 Stunden 15 Minuten zu beschleunigen. Eine Voraussetzung dafür ist die Zweigleisigkeit der Gäubahn, die Teil der Linie Hannover – Mailand ist und zur Zulaufstrecke zum neuen Gotthard-Basistunnel gehört. Genauso wie die Rheintalstrecke, die erst 2035 fertig wird.

Doch Pustekuchen! Dobrindts BVWP stuft den zweigleisigen Ausbau der Gäubahn als „potentiellen“ und nicht mehr als „vordringlichen Bedarf“ ein, de facto eine Abstufung und Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.

Für Ergenzingen bringt dies großen Verdruss. Für viele Pendler verlängert sich der ungünstige Interimsfahrplan bis mindestens 2020 seit der Fahrplan-Änderung im Dezember 2015. Der Regionalexpress aus Stuttgart hält hier nur noch zwei- statt einstündig, zwischen Bondorf und



Ergenzingen wird „Schienenersatzverkehr“, sprich: Busse eingesetzt. Ursache ist der Intercity Stuttgart – Zürich wegen der Zugverbindung durch den Gotthard. Fernzüge haben halt Vorrang vor Regionalexpresszügen. Trotzdem werden die 2 Stunden 15 Minuten längst nicht erreicht.

Gegen diese Herabstufung der Gäubahn hat sogar Widmann-Mauz (CDU) mit sieben CDU-Abgeordneten bei Dobrindt protestiert, da die Verschleppung die gesamte Region Neckar-Alb betrifft. Zudem hatte der CDU-geführte Interessenverband Gäubahn immerhin schon 300.000 Euro für die Planung

des zweiten Gleises Horb - Neckarhausen investiert und fürchtet um seinen Wirtschaftsstandort.

Auch Matthias Gastel (Grüne, MdB) fordert die Anhebung in den „vordringlichen Bedarf“ und die Finanzierung durch den Bund spätestens ab 2018. Denn der BVWP sei schon jetzt „stark unterfinanziert“, so Gastel.

Grubes „Zukunft Bahn“: Arbeitshetze, Expansion und Profit

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsache ist, dass Dobrindt und DB-Chef Grube die Deutsche Bahn auf eine profitable internationale Expansion drängen und den Öffentlichen >>

Lesen Sie weiter:

Schäuble - Schutzpatron der Steueroase Deutschland Seite 3

Stuttgart 21 - Langsam kommt die Wahrheit an Licht Seite 5

Bürgermagazin - Warum Werbung für den Kopp-Verlag? Seite 6

Schulplanung für das Kreuzerfeld-Süd notwendig! Seite 6

Seelsorgerischer Hochwasserschutz in Bad Niedernau Seite 7

Personennahverkehr wie auch die notwendige Sanierung vieler Strecken seit Jahren vernachlässigen.

Dies zeigt sich an Grubes Sanierungsprogramm „Zukunft Bahn“. **Nach einer Untersuchung von 2014 haben allein in Baden-Württemberg zwei Drittel der rund 3.000 Bahnbrücken große Schäden, etwa 100 sind abrisstauglich, bundesweit sind es 1.400 von ca. 25.000 Bahnbrücken. Bei den Tunneln im Land sind 28 der 176 Tunnel marode und müssen dringend saniert werden.** Doch statt die nötigen Investitionen im Land anzupacken, werden sie immer wieder verschoben. Warum? Weil Bahnanlagen, die komplett ersetzt werden müssen, vom Bund (also dem Steuerzahler) und nicht von der Bahn finanziert werden! So kann man nicht nur seine Bilanzen schönen, sondern expandieren.

Bis 2020 will Grube 55 Milliarden investieren, allerdings soll der Bund davon 35 Mrd. Euro zahlen. **Statt jedoch Geld in die Sanierung zu stecken, gehen 1,4 Mrd. Euro in die Spedition DB Schenker Logistics, dem großen LKW-, Luft- und Seefracht-Transporteur, und**



fünf Mrd. Euro in die britische Bus-Tochter Arriva, die Grube 2010 für drei Mrd. Euro gekauft hatte.

Für das deutsche Kerngeschäft und die veraltete Infrastruktur bleibt nur wenig übrig. Bei der DB Cargo sollen 18 der 39 Verlade-Standorte geschlossen und 3.000 der 30.000 Stellen gestrichen werden. Wegen der Stellenkürzungen in den vergangenen Jahren haben die DB-Beschäftigten mehrere Millionen Überstunden ansammeln, allein bei der DB Cargo über 800.000!

Das ist neoliberale Politik in Reinkultur: Internationale Expansion für die Profite, die Kosten dürfen die Beschäftigten und wir Steuerzahler tragen!

Statt endlich das Klima zu schonen und Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen, setzt Dobrindt bundesweit 25 Meter lange Riesenlaster ein. Obwohl die LKWs nur fünf Prozent des Verkehrs ausmachen, beträgt ihr CO₂-Ausstoß 25 Prozent des Gesamtausstoßes.

Diese umweltschädliche Politik muss sich ändern, die Bundesregierung muss den BVWP zugunsten des ÖPNV samt Finanzierung ändern und die Streichungen im Güterverkehr zurücknehmen!

In Ergenzingen wird diskutiert, den zweigleisigen Gäubahn-Ausbau eindeutig als „vordringlichen Bedarf“ einzustufen, auch ohne S-Bahn-Anbindung dem VVS beizutreten und das Konzept vom Metropolexpress (halbstündiger Takt Stuttgart – Ergenzingen) ausführlich zu prüfen. Sicherlich spielen dabei auch der Standort des Bahnhofs und seine Barrierefreiheit eine wichtige Rolle.

Darin wird sie DIE LINKE unterstützen, denn Menschen und Umwelt gehen vor Profite!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kreistagsfraktion **DIE LINKE**:

Antrag zum Gäubahn-Ausbau

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert Bundes- und Landesregierung auf, den zweigleisigen Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Zürich im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) bis 2030 als „vordringlichen Bedarf“ und nicht als „potenziellen Bedarf“ einzustufen und demzufolge mit Planung und Ausbau der Strecke sofort zu beginnen. Der Kreistag fordert den Bund auf, den Ausbau zu finanzieren und dem Öffentlichen Personennahverkehr sowie dem Ausbau des Güterverkehrs Priorität zu geben.

Begründung:

1. Die Gäubahnstrecke Stuttgart – Zürich gehört ebenso wie die Rheintalstrecke zu den zentralen Zulaufstrecken des neu eröffneten Gotthard-Basistunnels. Deshalb hatte sich die Bundesrepublik Deutschland im Lugano-Vertrag mit der Schweiz 1996 zum Ausbau verpflichtet.
2. Eine Verschleppung des Ausbaus ist nicht nur wegen der internationalen Verpflichtung völlig inakzeptabel. Auch die Berufspendler aus dem Raum Ergenzingen, Horb und die gesamte Region Neckar-Alb werden dadurch stark benachteiligt.
3. Die Bundesregierung muss als Anteilseigner der Deutschen Bahn auf den DB-Vorstand einwirken, dass das 55 Milliardenprogramm „Zukunft Bahn“ die Priorität eindeutig auf die dringende Sanierung von Bahnbrücken, Tunneln und Gleisen, auf den Öffentlichen Personennahverkehrs und den Ausbau des Güterverkehrs („Von der Straße auf die Schiene“) anstelle einer weiteren Expansion in das europäische Ausland legt.

Schäuble - Schutzpatron der Steueroase Deutschland

Vermögensbesteuerung verhindert Spekulationen

In Tübingen sollen das Tübinger Sudhaus, die Sporthallen-Betriebs-GmbH und die Wirtschaftsförderung WIT laut Finanzamt 1,3 Millionen Umsatzsteuer auf städtische Zuschüsse zahlen. Ähnliche Steuernachforderungen haben in Rottenburg zur Umwandlung der städtischen WTG geführt. Auf Landesebene jammert die neue grün-schwarze Regierung, sie müsse mindestens 1,8 Mrd. Euro im Haushalt kürzen, besonders bei Beamten und den Kommunen. Obwohl die Steuereinnahmen weiter sprudeln: Das Ländle verzeichnete im April mit einem Plus von 14,7 Prozent einen „überdurchschnittlichen Zuwachs“ auf 2,66 Mrd. Euro. Schäuble erwartet im Bund für 2016 ein Plus von fünf Mrd. Euro, insgesamt 691 Mrd. Euro. Warum fordern Finanzämter bei soziokulturellen Zentren Umsatzsteuer für städtische Zuschüsse? Wem dient diese Irreführung der Öffentlichkeit?

Warum und für wen ist Deutschland eine Steueroase?

In seiner brisanten Studie „Steueroase Deutschland“ schreibt Markus Meinzer provokant:

„Längst ist Deutschland kein passives Opfer des Steuerwettbewerbs, sondern mausert sich zum Beschleuniger eines ruinösen Steuerdumpings.“

International liegt Deutschland fünf Plätze vor der berüchtigten Steueroase Panama: Warum?

1984 hat Deutschland die Couponsteuer auf Zinserträge bei Steuerausländern abgeschafft, im Unterschied zur Schweiz, wo sie 35 Prozent zahlen müssen. Deshalb lagern sie auf deutschen Konten 1,3 Billionen Euro ein, so dass sie pro Jahr hier 92 Milliarden Euro Steuern „sparen“. Umgekehrt haben Deutsche etwa 400 Mrd. Euro in der Schweiz, Liechtenstein usw. gebunkert. Geldwäsche pur ermöglichte ihnen die Spielbank Baden-Baden, die im Jahr 2000 ihren Kunden anbot, ohne Kontrolle Bargeld auf ein Casino-Depot einzuzahlen und dann auf ein normales Konto weiterzuleiten. Denn Glücksspielgewinne sind steuerfrei. Mit so genannten Share-Deals können

Ausländer risikolos ihr Geld waschen und zugleich die Grunderwerbssteuer für Immobilien sparen, wenn sie nur die Aktien einer Objektgesellschaft kaufen, die die Luxusimmobilie besitzt. So wurden in den letzten Jahren Immobilien in Baden-Baden für 100 Mio. Euro an Russen verkauft, in ganz

2006 die Regierung kritisierte, dass wegen Personalnot der gesetzmäßige Vollzug der Steuergesetze unmöglich ist. Bei den Betriebsprüfungen, mit denen andere Bundesländer 2012 über 19 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen erzielt haben, ist Baden-Württemberg bundesweites Schlusslicht.



Deutschland waren es 2013 Immobilien für 183 Milliarden Euro. Beim Kauf der Gagfah Essen für 3,9 Mrd. Euro „sparte“ die Deutsche Annington ca. 200 Mio. Euro an Steuern auf Kosten des Landes Nordrhein-Westfalen. Besonders vorteilhaft auch für die Mafia und für afrikanische und asiatische Diktatoren: Das Grundbuch ist nicht öffentlich einsehbar.

Beliebt ist die Betriebsstättenverordnung: Wenn ein Konzern wie Amazon mit 14.000 Beschäftigten Güter hier „nur“ lagert, ausstellt oder ausliefert, aber alle Bestellungen über seine Zentrale im Niedrigsteuerland Luxemburg abwickelt, zahlt er hier für einen Umsatz von 600 Mio. Euro nur 10 anstelle von 402 Mio. Ertragssteuer. Ähnlich trickreich ist Starbucks, das viele traditionsreiche Cafés mit Dumpingpreisen kaputt gemacht hat. Wegen hoher Lizenzgebühren für seinen Markennamen und anderes hat der Konzern für seine 157 deutschen Cafés mit 650 Mio. Euro Umsatz nur Verluste (!) gemacht und zahlt bei uns seit 2002 keinen Cent Ertragssteuer.

Vorteilhaft für reiche In- und Ausländer, Diktatoren und Mafia-Bosse ist, dass nach der großen Finanzkrise 2008 in Deutschland 3.000 Stellen in Finanzämtern gestrichen wurden, obwohl der Bundesrechnungshof schon

Die schützende Hand Schäubles

Das neoliberale Steuerideal heißt: Vollständige Steuerbefreiung für Reiche, Banken und Konzerne zulasten der Bevölkerung, für sie werden Lohn- und Verbrauchssteuern erhöht.

Dafür scheint Schäuble beste Voraussetzungen zu haben. 2005-2009 war er Innenminister, ab 2009 Finanzminister. Davor räumte er im Januar 2000 ein, von dem wegen Steuerhinterziehung verurteilten Waffenhändler Karlheinz Schreiber im Jahre 1994 eine Bar-Spende von 100.000 D-Mark für die CDU erhalten zu haben. Im September 2000 bat Schäuble vor dem Bundestag um Entschuldigung dafür, „dass unter der Verantwortung der CDU Gesetze gebrochen wurden“.

Nachdem Schröder (SPD) 2001 Gewinne aus Unternehmensverkäufen steuerfrei machte und die Kapitalertragssteuer von 45 auf 15 Prozent senkte, setzte Schäuble diesen Wege fort. Er bekämpfte vehement jegliche Forderung nach Vermögenssteuern, verhinderte Maßnahmen gegen Geldwäsche und das Steuergeheimnis. Im Juli 2012 schützte er deutsche Steuerflüchtlinge, indem er den Kauf von CDs mit Daten von deutschem >>>

Schwarzgeld in der Schweiz durch die Finanzbehörden von NRW kritisierte. Die SPD-regierten Bundesländer forderte er auf, keine Steuer-CDs mehr zu kaufen.

Bis heute war Schäuble, der seine „Schwarze Null“ wie ein religiöses Mantra vor sich herträgt, unfähig, ein bundeseinheitliches Datensystem in Steuerfragen aufzubauen – Voraussetzung gegen die Steuertricks von Konzernen. Als diese in Luxemburg aufflogen, lehnte er den Vorschlag der Regierungen in Luxemburg und den Niederlanden ab, „alle Absprachen mit deutschen Unternehmen sofort dem deutschen Fiskus zu übersenden“ und ihnen dafür das deutsche Material zu kommen zu lassen (Meinzer). Denn **im Unterschied zu skandinavischen Ländern verteidigt er das deutsche Steuergeheimnis.**

Mit Schäuble klappt die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik bestens. Sein Staatssekretär Asmussen empfahl 2006, die Rentenversicherung auf 'verbriefte Papiere' umzustellen.



Diese Anlageform brachte Deutschland in der Krise 2008 den größten Finanzschaden ein. Die „nachgelagerte“ Besteuerung von Renten, seit 2005 heftig umstritten, ist laut Franz Ruland, früher Chef der Deutschen Rentenversicherung, verfassungswidrig. Seit 2007 liegt im Bundesfinanzministerium ein Papier gegen die Doppelbesteuerung vor, aber Schäuble sieht keinen Handlungsbedarf (Moni-tor, 12.5.2016) – eine Frechheit!

So werden Steuern auf Rentner ausgedehnt, 2016 zahlen sie Steuern auf 60 Prozent ihrer Bezüge, ab 2040 werden 100 Prozent versteuert, aber Milliardäre geschont!

DIE LINKE fordert gegen die wachsende soziale Spaltung in Arm und Reich seit Jahren die Wiedereinführung der 1997 abgeschafften Vermögenssteuer, fünf Prozent auf Vermögen ab der zweiten Million, denn das reichste Prozent der Deutschen besitzt etwa ein Drittel des gesamten Privatvermögens von 8,6 Billionen Euro, allein die reichsten 0,1 Prozent besitzen 15 Prozent.

Eine **Vermögenssteuer** schränkt die Spekulation mit Waffen, Organen, Drogen und Nahrungsmittel mit diesen Milliarden ein. Sie ermöglicht Steuer-senkungen für alle und sichert Zukunftsinvestitionen in unserem Land. Außerdem ist sie ein wirksamer Hebel gegen Steuerflucht, wie Meinzer betont: „Ein einziges nachgewiesenes, nichtdeklariertes Vermögen hätte Beweiskraft für Steuerhinterziehung. Dadurch könnten auch in der internationalen Amts- und Rechtshilfe sehr viel leichter und erfolgreicher Anfragen gestellt werden.“

Also: Vermögenssteuer statt Steuerflucht, die unsere Demokratie gefährdet!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

MEINZER, Markus: Steueroase Deutschland.
Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen. München (C.H.Beck) 2015, 286 S.

Hartz-IV-Bezieher: 140.000 Zwangsverrentungen?

Andrea Nahles (SPD) gegen Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose

Monitor berichtete in seiner Sendung vom 30.5.2016 von einem neuen Gesetzesentwurf der Bundessozialministerin. Es geht um die Kürzung des Hartz-IV-Regelsatzes für Alleinerziehende. Anke Wendel bekommt für ihren Sohn Niklas im Monat 237 Euro Regelsatz. Da der Sohn aber für einige Tage im Monat bei seinem Vater lebt – was völlig normal ist – soll seiner Mutter für diese Tage der ohnehin skandalöse Regelsatz gekürzt werden, sprich: für sechs Tage 50 Euro weniger. Als wenn die Mutter für diese Tage eine kleinere Wohnung bräuchte, also weniger Miete, Strom, Wasser usw. zahlen würde.

Professor Stefan Sell bezeichnet diese „tagesgenaue Bedarfsfestsetzung“ eine kleinkarierte Sichtweise und Demütigung der Betroffenen. Hinzu kommt, dass der Vater die 50 Euro nur bekommt, wenn er ebenfalls Hartz-IV-Bezieher ist, ansonsten behält der Staat das Geld – wie in diesem Fall. Erst

musste die SPD mithilfe des Verfassungsgerichts gezwungen werden, kinderspezifische Regelsätze einzuführen, die das Entwicklungsalter und die Bildungskosten in der Schule berücksichtigen. Jetzt höhlt sie genau das wieder aus! Inzwischen musste Nahles wegen des bundesweiten Protests ihr Gesetz wieder zurückziehen.

Dies sollte Nahles auch bei ihrer „Rechtsvereinfachung“ bei älteren Hartz-IV-Beziehern machen:

Das Gesetz sieht vor, dass Langzeitarbeitslose schneller zwangsverrentet werden können, obwohl sie dann für ihr ganzes weiteres Leben Rentenabschläge erhalten. Sollten sie ihre Unterlagen nicht schnell genug einreichen, wird ihnen der Hartz-IV-Regelsatz gekürzt. So kann eine abschlagsfreie Regelaltersrente von rund 924 Euro um etwa 77 Euro gekürzt werden. Das Bundessozialgericht fällt 2015 ein entsprechendes Urteil. Aber es gab zu viele Widersprüche von Betroffenen. Mit dem Gesetz will Nahles

ihr Ziel schneller erreichen: Bis 2016 soll dies ca. 140.000 Hartz-IV-Bezieher treffen. Das Gesetz liegt auf CDU-Linie, die Rentenkassen zu „entlasten“ und gleichzeitig die Arbeitslosenstatistik weiter zu schönem. Es ist zugleich ein **Vorgeschmack auf Schäubles Absichten, das Renteneintrittsalter auf 70 Jahre anzuheben, also eine weitere Rentenkürzung durchzusetzen.** Wie bei Schröders Agenda 2010 mit dem massiven Sozialabbau spielt die SPD wieder einmal den Vorreiter für die Profiteure dieser Republik. Laut Sigmar Gabriel ist das aber seine Vorstellung von einer „linken“ Volkspartei als Folge des SPD-Wahldebakels.

Für **DIE LINKE** gilt: **Hartz IV muss weg, eine sanktionsfreie, individuelle Mindestsicherung sowie eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen müssen her.**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Stuttgart 21 – Langsam kommt die Wahrheit ans Licht

Was lange währt wird endlich gut. Selten wurde so viel gelogen, betrogen und getrickt wie bei Stuttgart 21. Doch in letzter Zeit kommen immer mehr Mosaiksteine ans Tageslicht, die das wahre Bild von Stuttgart 21 zurechtrücken. Erstaunlich ist, dass selbst die ansonsten so S21-freundliche Stuttgarter Zeitung und der SWR offen über derartige Enthüllungen berichten.

Wie bereits mehrfach berichtet, hatte die frühere Bundesregierung auf unzulässige Weise ihre Finger bei Stuttgart 21 mit im Spiel. Ende 2012 stand das „bestgeplante“ Murksprojekt aller Zeiten vor dem Aus, nachdem die Bahn zugeben musste, dass die Kosten von 4,5 auf 6,8 Milliarden Euro angestiegen waren. Der Bahn-Aufsichtsrat hätte S21 stoppen müssen, da das Projekt sich nicht mehr wirtschaftlich rechnete.

Für Bundeskanzlerin Merkel wäre in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahlen die Blamage einfach zu groß gewesen, hätte sie zugeben müssen, dass Stuttgart 21 gescheitert sei. So beauftragte sie ihren damaligen Kanzleramtsminister Pofalla, S21 durchzudrücken, koste es was es wolle. Dieser wiederum übte Druck auf die Mitglieder des Bahn-Aufsichtsrats aus, der Kostensteigerung zuzustimmen. Nach Aktienrecht ist diese Art von Einflussnahme eine kriminelle Handlung, sowohl für die Bundesregierung als auch für die Aufsichtsratsmitglieder, die für den entstandenen Schaden persönlich haftbar sind.

Zu diesem Vorgang existiert im Bundeskanzleramt ein Protokoll, welches Rechtsanwalt Eisenhart von Loeper, der gleichzeitig Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 ist, angefordert hatte. Darin waren aber einige entscheidende Passagen geschwärzt, so dass es schwierig war, die rechtswidrige Einflussnahme nachzuweisen.

Von Loeper reichte nun Klage beim Verwaltungsgericht Berlin ein mit dem Ziel, auch die unkenntlich gemachten Stellen freizugeben. Während der

mündlichen Verhandlung kam es zu einer Einigung mit dem Bundeskanzleramt, einen Teil der Schwärzungen aufzuheben, so dass nun der Inhalt des Protokolls in den wesentlichen Teilen offen liegt und sich somit der Verdacht der unzulässigen Einflussnahme erhärtet hat.

Welche Konsequenzen diese Enthüllungen auf die Verantwortlichen haben wird, muss sich nun herausstellen. Und auch die Staatsanwaltschaften müssen jetzt ermitteln, anstelle weiterhin untätig zu bleiben und sich wegen Strafverletzung schuldig zu machen. Auch darf man gespannt sein, wie der Bahn-



Aufsichtsrat bei seiner demnächst stattfindenden Sitzung darauf reagieren wird.

Aber auch in anderer Hinsicht kommt die Wahrheit ans Licht. Jetzt musste die Bahn eingestehen, dass der Zeit- und Kostenrahmen total aus dem Ruder läuft und Stuttgart 21 zwei Jahre später fertig gestellt werden soll, wobei die Kosten weiter steigen werden. Die übrigen Projektpartner Stadt, Land und Region fühlen sich hintergangen und sehen darin einen Vertrauensbruch, das Verhältnis zur Bahn sei zerrüttet. Diese habe ihre Vertragspartner unzureichend informiert. Und viele Projektbefürworter sehen sich getäuscht, nachdem sie einsehen mussten, dass sich die vor der „Volksabstimmung“ im Herbst 2011 verbreiteten Lügen nicht erfüllt haben.

Der grüne Stuttgarter OB Fritz Kuhn fordert Maßnahmen, die den Zeitverlust ausgleichen sollen, so dass S21 weiter Ende 2021 in Betrieb gehen kann. Auch der Bahn-Infrastrukturvorstand Volker Kefer sieht „Möglichkeiten“, den Bau zu beschleunigen. Seiner Meinung nach könnten am Tiefbahnhof mehr Baugruben gleichzeitig geöffnet und damit an

deutlich mehr Segmenten zeitgleich gearbeitet werden als bisher erlaubt. Dadurch würde aber die bisherige Einschränkung zum Schutz des Grund- und Mineralwassers ausgehebelt. Nur zur Information: Der Tiefbahnhof besteht aus 16 Teil-Segmenten, von denen nach dem „feierlichen Baubeginn“ im August 2014 bisher nicht einmal eines fertig gestellt wurde.

Der Bau könne auch schneller voran gehen, wenn stärkere Eingriffe in den Straßen- und Schienenverkehr zugelassen würden. Bisher musste die Zahl der Fahrspuren rund um die Baustelle beibehalten werden. Für einen rascheren Baufortschritt müsste dann Geld aus dem S-21-Risikopuffer eingesetzt werden.

Dies alles klingt nach verordnetem „Pfuschem am Bau“. Auf Kosten der Sicherheit sollen wichtige Schutzmassnahmen, wie auch der Brandschutz, außer acht gelassen werden, nur um dem immensen Zeitdruck zu widerstehen.

Aber die Bahn hat immerhin eingesehen, dass es „so nicht weitergehen“ kann. Hoffentlich sieht sie auch bald ein, dass ein Ausstieg oder gar Umstieg auf einen ertüchtigten Kopfbahnhof wesentlich sinnvoller wäre und Milliarden an Kosten einsparen würde.

Und noch eine Neuigkeit: Offenbar hat Bahnchef Grube wegen des Dilemmas Stuttgart 21 keinen Rückhalt mehr im Aufsichtsrat, weshalb sein Vertrag über 2017 hinaus nicht verlängert werden soll. Als Nachfolger werden bereits Kefer und Pofalla gehandelt.

Damit noch mehr Verborgenes ans Licht kommt und die volle Wahrheit über Stuttgart 21 offenbart wird, werden wir auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Warum Werbung für den Kopp-Verlag?

Sehr geehrter Herr Neher,

nun bin ich schon seit Ende der 90er Jahre Bürgerin dieser Stadt und schätze die mit Land und Leuten verbundene Lebensqualität an diesem schönen Fleckchen Erde am Neckar. Heute habe ich zum ersten Mal das Bürgermagazin im Rathaus entdeckt und war gespannt, was dieses optisch schön aufgearbeitete Journal an Neuem für mich bereit hält.

Leider hatte mein Vergnügen auf Seite 4 bereits ein abruptes Ende: eine ganzseitige Anzeige des Kopp Verlags! Über die politische Ausrichtung dieses Unternehmens wurde in der Vergangenheit schon ausführlich öffentlich debattiert und dennoch bin ich mehr als unangenehm überrascht, dass sich die Stadt nicht scheut, ihr Infoheft für die Einwohnerinnen und Einwohner damit zu füllen, vermutlich sogar dadurch mit zu finanzieren.

Aktuell wird auf der Homepage des Verlags die Süddeutsche Zeitung als Alpen Prawda bezeichnet und es gibt in der Rubrik "Schon wieder ein Einzelfall" eine Auflistung von Verbrechen, die vermuteterweise von Ausländern begangen wurden.

Viel tiefer werde ich nicht in den kopp'schen Sumpf eintauchen. Die Band"breite" der vertriebenen Bücher war andernorts schon oft Thema.

Ich möchte wissen, inwieweit ich als Steuerzahlerin das Bürgermagazin mit finanziere und wer über die Inhalte bzw. die Finanzmittel für den Druck entscheidet. Oder obliegt es allein der WTG die Anzeigen zu akquirieren?

Ich schäme mich für meine Stadt, wenn sie mithilfe rechts tendenziöser Unternehmen die Bürgerinnen und Bürger für sich gewinnen will. Das Bürgermagazin hat die schöne Rubrik "Bürgerengagement und Integration". Wie ernst ist es einer Stadt mit diesen Zielen, wenn auf politisch motivierte Werbepartner zurück gegriffen wird?

Diese Nachricht ist auch an den Gemeinderat gerichtet, um zu erfahren, wie er mit dieser Art der Veröffentlichung umgeht.

Cc erhält auch das Schwäbische Tagblatt meine Email. Ich war nicht sicher, ob ich einen Leserinnenbrief zu diesem Thema an das Tagblatt senden darf, da er sich nicht auf einen aktuellen Artikel bezieht und auch das Bürgermagazin laut Impressum in dieser Form bereits in zweiter Auflage 2014 erschien.

Verärgert und enttäuscht

grüße ich dennoch der Form halber freundlich

Heike Schnäpel

Rottenburg

Frau Schnäpel stellt uns ihr Schreiben vom 13. Mai 2016 an OB Stephan Neher zur Veröffentlichung zur Verfügung. Wir bedanken uns. - Überschrift, Hervorhebungen und Kürzung der Adresse durch die Redaktion.

Schulplanung auch für Kreuzerfeld-Süd notwendig!

Endlich nimmt die Stadtverwaltung den Neubau der Grundschule am Hohenberg in Angriff. Planung, Ausschreibung, Architektenwettbewerb und Bau werden bis Ende 2019 dauern. Seit Jahren werden notwendige Sanierungen und Bauvorhaben von Schulen hinausgeschoben, weil angeblich das Geld nicht reicht. Das rächt sich jetzt. Denn bis heute hat die Kernstadt keine Gemeinschaftsschule und andere Schulen müssen dringend vergrößert werden.

Seit Jahren wird der Schülerhort, engagiert und geduldig geleitet von Mokka e.V., von einem Ort an den nächsten verfrachtet. Zuletzt waren die 19 Schüler mit ihren BegleiterInnen auf dem DHL-Gelände untergebracht, nachdem die Grundschule Kreuzerfeld seit Sommer 2013 erhöhten Raumbedarf hat. Die Grundschullehrerin Evelyn Single beschrieb die unwürdigen Zustände anschaulich in ihrem Leserbrief: „Die Zustände dort sind untragbar. Man kommt sich vor wie in einem Fabrikgelände. Rollläden sind kaputt, riesige Rohre sind zu sehen und ausgebaute Toiletten stehen rum.“

Angeblich möchte die Stadtspitze

Grundschule, Hort und Verwaltung „unter einer Hand“ haben. Doch ein Konzept gibt es seit Jahren nicht. Ebenso ist das Thema soziale Infrastruktur in Neubaugebieten ein Gräuel für sie. Dabei wächst die Einwohnerzahl im Kreuzerfeld-Süd zügig an. Schon jetzt müssen Kinder aus dem Kreuzerfeld in der katholischen Kita Bad Niedernau untergebracht werden.

Die Grundschule Kreuzerfeld platzt aus allen Nähten. Momentan hat sie drei übervolle erste Klassen mit 84 Kindern und benötigt ab Herbst durch das Ganztagskonzept an vier Nachmittagen mehr Räume, auch für ein größeres Lehrerzimmer und die Schulsozialarbeit. Die Situation an der Realschule im Kreuzerfeld ist nicht wesentlich anders. Auch dort werden mehr Räume benötigt. Unter ihrem Rektor Hartmut Schänzlin hat die Schule eine „Neukonzeption der Raumgestaltung“ ausgearbeitet, um der Unterschiedlichkeit von Lernhandlungen, Wechselspiel von gemeinsamem und individuellem Lernen gerecht zu werden. Darin heißt es: „Die Leitidee von Individualisierung und stärkerer Eigenverantwortlichkeit fordert offene und geschlossene

ne Raumkonstellationen“, die Lernateliers, Gruppenräume, Lese- und Experimentiererecken erforderlich machen. Damit soll „demokratisches Lernen“ in einer demokratischen Schule auch durch die Architektur ermöglicht werden.

Wie wäre es, wenn die Stadt endlich ein ebenso weitsichtiges Konzept mit Hand und Fuß entwickelte und das Flurstück 12.608 im Kreuzerfeld mit einer Kombination aus Nachbarschaftshaus und Grundschule sowie Schülerhort bebaute? Dann wäre das Gelände optimal vormittags für Kinder und nachmittags für Kinder und Bewohner aus altem und neuem Kreuzerfeld ausgelastet. Die Realschule könnte vielleicht die frei werdenden Räume der Grundschule für sich nutzen.

Es ist hohe Zeit für die Stadt, alle Beteiligten samt Förderverein für das Nachbarschaftshaus an einen Tisch zu rufen, statt immer wieder über deren Köpfe hinweg Entscheidungen zu fällen, die sich wie der letzte Bebauungsplan am Sportplatz Alte Weilerstraße schnell wieder in Luft auflösen!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Seelsorgerischer Hochwasserschutz in Bad Niedernau

Klüger wäre die Wiedereröffnung des Niederauer Hallenbades gewesen

Der Hochwasserschutz ist in aller Munde, auch in Rottenburg, und mit Schrecken erinnern wir uns noch an das Hochwasser vom Juni 2013 im Landkreis Tübingen. Auf Grund ergiebiger Niederschläge waren die Pegelstände der südlichen Zuflüsse des Neckars (Eyach, Starzel, Krebsbach, Katzenbach, Steinlach, Echaz) dramatisch angestiegen. Es kam schon damals zu dramatischen Überflutungen, auch in Bad Niedernau zum Beispiel.

Der Gemeinderat von Rottenburg wurde wegen der prekären Hochwassersituation sehr früh tätig und veranlasste mit großem Aufwand und finanziellem Einsatz die Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens in Hemmendorf mit einem Stauvolumen von 230.000m³, wobei die Anlage vollständig ökologisch durchgängig ist. Diese Maßnahme wurde im Dezember 2010 begonnen und 2012 abgeschlossen. Eine vergleichbare Maßnahme steht in Dettingen vor ihrem Abschluss, finanziell eingesetzte Mittel allein 2620.000,00 €.

Erfreulicherweise haben sich diese großen Hochwasserschutzmaßnahmen inzwischen sehr bewährt und auch Bad Niedernau bei kritischen Unwettern und Regenfällen deutlich sicherer gemacht.

Umso mehr erstaunt es den schlichten Wanderer, Flaneur und Radfahrer, wenn er dieser Tage am historischen Sanatorium, kurz vor der



großzügigen Parklandschaft, innehält und weitere (optisch missglückte) Hochwasserschutzmaßnahmen erblicken muss.

Wie man hört, beläuft sich dieser „eher private“ Hochwasserschutz auf wenigstens 300.000,00 €. Vor dem Bau des eher partikular-seelsorgerischen Hochwasserschutzes am Sanatorium wäre es



Fotos: N. Kern



(ausnahmsweise) sinnvoll gewesen ein Gutachten zu erstellen, das untersucht hätte, wie sich die Baumaßnahmen von Dettingen und Hemmendorf nun langfristig auswirken werden.

Meines Wissens wurde in der Angelegenheit nicht einmal der Technische Ausschuss im Gemeinderat Rottenburg informiert. Juristisch vorwerfen kann man die unschöne, möglicherweise überflüssige Fleißarbeit nun niemand so richtig. Das Sanatorium in Bad Niedernau steht unter der Obhut der „Stiftung Filipowaer Arme Schulschwester Unserer Lieben Frau“ mit Sitz in Rottenburg - Bad Niedernau. Die können mit dem Stiftungsgeld natürlich das machen, was sie wollen. Sie können auch dort Deiche, Dämme und Wasserschutzvorrichtungen bauen, wo längst die öffentliche Hand Vernünftiges getan hat.

Die Satzung der Stiftung besagt unter § 2 (Stiftungszweck), dass die Stiftung auch „die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege“ im Auge haben soll. Bravo, bravo!

Wäre es da nicht viel klüger, ja die Verpflichtung gewesen, die Einrichtung hätte sich endlich um die Wiedereröffnung des wunderbaren Hallenbades mit Heilwasser gekümmert? Hier wären die Gelder sinnvoll einzusetzen gewesen und dem Stiftungsgedanken Genüge getan, anstatt das zu sichern, was andere



Hände schon längst professionell gesichert haben.



Christian Hörburger

Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ex-OB von Rottenburg „berufen“ zu Höherem

Leserbrief im Schwäbischen Tagblatt vom 3. Juni 2016

Da hat sich das Neckar-Fotostudio von Klaus Tappeser im vergangenen Sommer nun doch in Heller und Pfennig ausgezahlt, eine stolze Rendite.

Der smarte Polit-Loser mit dem phänomenalen Namensgedächtnis, meist gekleidet in englisches Tuch oben und marokkanisches Ziegenleder unten, hat seine sportlichen Seilschaften reaktivieren können und ist nach seinen fatalen Abstür-

zen landauf, landab wieder ganz, ganz oben angekommen.

Das nenne ich politisches Gespür für das Machbare und rechtlich erlaubte Schamlosigkeit vom Feinsten. Genau mit diesem Cocktail aus Machthunger und Unverfrorenheit hat er sich durchgeboxt, ein Musterbeispiel wie man Politikverdrossenheit zum Nutzen AFD und ihres Klientels schüren kann. Kretschmann ist dabei vorzuhalten, dass er die anrühige Morgengabe für die CDU sich so billig aus der Hand hat reißen lassen. Für Rottenburg bedeutet der legale

Kuhhandel freilich, dass die ohnehin schon modrige und fäulnisbeschwerte Achse zwischen dem Regierungspräsidium und dem Rathaus am Neckar auf Durchstechen und „Intransparenz“ geeicht bleiben wird.

Es ist dies ein Sieg der Stuttgart-21-Jubler und der B 28-Apologeten, die nicht merken wollen, wenn der Kinderwagen mit wachsender Beschleunigung auf dem Bahnsteig in den Abgrund rollt.

Dr. Christian Hörburger
Rainstraße, 72108 Rottenburg



DIE LINKE Rottenburg lädt ein zur Veranstaltung

„Wege zum preiswerten Mietwohnungsbau in Rottenburg“

mit **Thomas Keck, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes Reutlingen – Tübingen e.V.**

am Donnerstag, 7. Juli 2016, 19.00 Uhr

im AWO-Heim (Ehinger Platz 7) in Rottenburg.

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 18. Juni 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 22. Juni 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

„Wege zum preiswerten Wohnungsbau in Rottenburg“

Donnerstag, 7. Juli 2016, AWO-Heim (Ehinger Platz 7)

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 30. Juli 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 3. August 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe: **Montag, 25. Juli 2016**

Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und auf unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49